

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1206

Organ für das werktätige Volk

Dankkonto: Schr. Anstalt, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preuzenpost einschließlich Dringelosen mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Normzeile  
30 Pf., die 40 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 36 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-  
suche 40 Pf. Rabatt. Für Briefbeilage 10 Pf.

Nr. 293

Dresden, Freitag den 18. Dezember 1925

36. Jahrg.

## Das Programm der Unternehmer

Striktionen werden seit jeher von den Unternehmern zu Angriffen gegen die Arbeiterklasse benutzt, deren Widerstandsfähigkeit durch die Arbeitslosigkeit vermindert ist. Nicht nur, daß man alle Lohnforderungen ablehnt, auch wenn sie noch so berechtigt sind, man sucht auch die Löhne herabzusetzen, wo man nur irgend kann und benutzt die Betriebsstilllegungen dazu, um die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen, die durch ihre Betätigung in der Arbeiterbewegung als Betriebsräte, Gewerkschaftsvertrauensleute usw. unbenutzbar geworden sind. Aber die Unternehmer nutzen derartige Zeiten auch aus, um in Staat und Gemeinde das Rad nach rückwärts zu drehen. Das deutsche Proletariat erinnert sich nur zu gut daran, wie die Zeit der Inflationskrise im Herbst 1923, zu allerhand reaktionären Attentaten gegen die Arbeiterklasse benutzt wurde. So halten auch jetzt die Herren von der Industrie die Zeit für gekommen, um den notleidenden Massen neue schwere Schläge zu versetzen und die eigene Macht zu vermehren.

Der Reichsverband der deutschen Industrie unterbreitet der Öffentlichkeit ein längeres Wirtschaftsprogramm, in dem er seine Rechnung präsentiert. Etwas Neues bringt dieses Programm freilich nicht. Es sind in ihm die Forderungen zusammengestellt, die in letzter Zeit immer wieder von dem Unternehmertum und seinen getreuen Sympotisten und in ihrem Dienste stehenden Presse veröffentlicht werden. Bekanntlich lieben die Unternehmer und ihre Klopfschreiber es so darzustellen, als ob in erster Linie die hohen Steuern und die angeblich so hohen Soziallasten an dem wirtschaftlichen Unglück Deutschlands schuld seien. Eine sehr bekannte Methode. Die Unternehmer und ihre Schreibeheuschrecken auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Tatsache abzulenken, daß unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum großen Teil auf die schweren Sünden zurückzuführen sind, die unsere Unternehmer im Wirtschaftlichen und ihre politischen Vertreter in der Wirtschaftspolitik begangen. Die Denkschrift verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden um mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Wie diese Senkung erreicht werden soll, das ist aus den Veröffentlichungen der Presse nicht zu ersehen. Aber man weiß ja, wie die Herrschaften es meinen. Rücksichtslos sollen die Ausgaben für soziale und Kulturzwecke vermindert werden,

nur damit die Besitzenden nicht so viel Steuern zu zahlen brauchen. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß das Reich, die Länder und die Gemeinden Steuern von 10,2 Milliarden erheben, zu denen noch 2,2 Milliarden für soziale Lasten und die Reparationslasten kämen, während das Volkseinkommen nur auf 43 bis 48 Milliarden zu beziffern sei, wobei wir sehr bezweifelhaft sind, daß diese Schätzung des Volkseinkommens richtig ist.

Besonders ungehalten sind unsere Unternehmer bekanntlich darüber, daß es seit dem Ende der Inflation zeitweise dem Reich und den Ländern möglich war, aus Steuerüberschüssen Kapitalien anzusammeln. Reich, Länder und Gemeinden müssen arm bleiben, damit sie beim Kapital betiteln gehen müssen, wenn sie Geld brauchen. Deshalb die Forderung in dem Industriellenprogramm, daß die Ansammlung öffentlicher Gelder zur Schaffung von Rücklagen grundsätzlich unzulässig bleiben muß. Die Unternehmer haben eine Hölle Angst davor, daß sich der Staat in immer größerem Umfang an Wirtschaftlichen beteiligt. Sie fürchten, daß ihnen dann der Staat zu sehr in die Karten gucken kann und daß unter Umständen die Preispolitik der von Staat und Gemeinde beeinflussten Unternehmungen ein Hindernis für die Ausweitung der Verbraucher werden könnte. Was in Deutschland an Kapital angesammelt wird, das soll in die Hände der privaten Kapitalisten kommen, aber um Gottes willen nicht die sogenannte „Sozialisierung von hinten herum“, die man dann fürchtet, wenn Reich, Länder und Gemeinden über größere Kapitalien verfügen. Soweit aber Staat und Gemeinden Geld haben, sollen, so fordert das Programm, diese Gelder in den Realcredit übergeführt und langfristig zu angemessenen Zinssätzen den deutschen Kreditinstituten übergeben werden. Wenn es sich nicht vermeiden läßt, daß öffentliche Körperschaften Geld haben, so sollen sie es der Privatwirtschaft zur Verfügung stellen, damit diese mit diesem Gelde Geschäfte machen kann.

Auf die übrigen Punkte des Programms braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Es handelt sich dabei zum Teil um Selbstverständlichkeiten, die wohl auch den Verfassern des Programms Nebenbächen sind. Natürlich gibt man auch bei dieser Gelegenheit der Unzufriedenheit unseres Unternehmertums mit der heutigen Tarifgestaltung und dem Schlichtungsweisen Ausdruck. Der Hauptzweck der ganzen Aktion ist es zweifellos, zu erreichen, daß die Besitzenden auf Kosten der breiten Massen noch mehr als bisher entlastet werden. Die Arbeiterklasse muß alle Kräfte anspannen, um diesen volksfeindlichen Plänen zu begegnen.

## Sozialistischer Sanierungsantrag

P. Paris, 17. Dezember. (Eig. Draht.) Die sozialistische Fraktion hat am Donnerstag auf Grund eines von dem Abg. Renaudel eingebrachten Antrages beschlossen, ihr Vertrauen jeder Regierung zu verweigern, die nicht die nötige Energie zur Sanierung der finanziellen Situation und zur Unterbrechung der faschistischen Umtriebe aufbringt. Andererseits hat der Abgeordnete Vincent Auriant der Fraktion ein neues Finanzprojekt unterbreitet, dessen Ziel ist, dem Schahamt durch eine Kommerzialisierung des Tabakmonopols die benötigten Mittel zu beschaffen. Vincent Auriant schlägt zu diesem Zwecke die Umwandlung des Monopols in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb vor. Sein Projekt sieht die Schaffung einer autonomen Gesellschaft unter der Kontrolle des Staates vor, die für 25 Milliarden Frank Obligationen ausgeben soll. Sie sollen zu 5 Prozent verzinslich und bis zu einem Viertel an dem Gewinn der Gesellschaft beteiligt sein. Von diesen Obligationen sollen 10 Milliarden den Inhabern von Nationalanleiheobligationen und die gleiche Summe den Inhabern von Schahamtsanleiheobligationen zugeordnet werden, die restlichen 5 Milliarden dieses Projekts wäre außer der Konsolidierung von 20 Milliarden kurzfristiger Verbindlichkeiten des Staates die Beschaffung von 5 Milliarden flüssiger Mittel für das Schahamt. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings die volle Zeichnung der auszugebenden Obligationen, die bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes zum mindesten fraglich erscheinen muß.

P. Paris, 18. Dezember. (Eig. Draht.) Die sozialistische Fraktion hat das am Donnerstag vom Abgeordneten Auriant eingebrachte Projekt der Umwandlung des Tabakmonopols in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb nun in Form eines Initiativ-Gesetzesentwurfes in der Kammer eingebracht. Die Kammer hat am Donnerstag am Orte des Abg. Barzane den Genossen Mikral mit 26 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. Der Gegenkandidat des Nationalen Volksrates erhielt 161 Stimmen.

## Das Kartell zerbröckelt

Paris, 18. Dezember. (Eig. Draht.) Die Gruppe der Linkskartellen hat ihre Redaktionsleitung fortgesetzt. Gestern wählten diese 40 Mann den Reaktionsär Peret zum Vorsitzenden, dann beschloß sie gestern, aus dem Linkskartell auch formell auszutreten. Damit wird das Kartell so schwach, daß es nicht mehr entscheidend aufzutreten kann. Das Konzentrationskabinett der Mitte, wie Triandafine Regierung nennt, wird immer mehr auf die Hilfe der Rechten angewiesen.

## Internationale sozialistische Wirtschaftskonferenz

P. Paris, 17. Dezember. (Eig. Draht.) Die französischen Sozialisten beschließen, bei der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Partei Belgiens die Veranstaltung einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz vorzuschlagen. Sie soll sich mit dem Problem des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen den in Frage kommenden Ländern sowie vor allem mit der Frage der Handelsverträge befassen.

## Lösung nach Neujahr

Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die vom Reichstag beschlossenen Weihnachtsferien den Reichskanzler und die Reichsminister erlucht, die Geschäfte auch weiterhin zu führen. Der Reichspräsident wird seine weiteren Entscheidungen über die Neubildung der Reichsregierung rechtzeitig vor dem Wiederausammentritt des Reichstages fassen.

Die Lösung der Regierungskrise ist also bis vor den Wiederausammentritt des Reichstages vertagt. Es scheint, daß auch dann eine schnelle Erledigung noch nicht zu erwarten ist, so daß die jetzige geschäftsführende Regierung wahrscheinlich mindestens bis weit über Mitte Januar hinaus im Amt bleiben wird.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßt sich am Donnerstag im Anschluß an die Plenarsitzung mit der politischen Lage. Sie veröffentlicht nach Schluß der Beratungen folgendes Kommuniqué:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich am Donnerstag eingehend mit der durch die Lösung der Sozialdemokraten gestellten Lage befaßt. Sie hält einmütig an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß die Große Koalition allein den Erfordernissen der Gegenwart entspricht und wird dieses Ziel auch weiterhin mit aller Entschiedenheit verfolgen. Auf Wunsch der Zentrumsfraktion wird der Vorsitzende der Partei Reichskanzler a. D. Warde den Parteivorstand und die Vorsitzenden der Zentrumsfaktionen des Reichstages und des Landtags vor dem Wiederausammentritt des Reichstages zu einer Besprechung über die zu unternehmenden Schritte einberufen.

Aus dem Wortschluß der Zentrumsfraktion ergibt sich, daß das Zentrum mit aller Entschiedenheit das Ziel der Großen Koalition weiter verfolgen will. Die Mittel werden in dem entsprechenden Kommuniqué nur teilweise angedeutet. Jedenfalls scheint das Zentrum die Krise im Reich, wenn nicht direkt, so doch indirekt auf Preußen ausdehnen zu wollen. Das ergibt sich mit aller Klarheit aus dem Kommuniqué. Zu der Zeit hat die Zentrumsfraktion am Donnerstag bereits in Preußen gewisse Schwierigkeiten gemacht. Das Zentrum braucht die Große Koalition, weil seine Arbeiter radikalieren, wenn es mit den Deutschnationalen regiert. Aber mit dem Druck Preußen kann das Zentrum etwas nicht erzwingen, was für die Sozialdemokratie mit grundsätzlichen Voraussetzungen verbunden ist.

Dortmund wird zahlen. Der Magistrat der Stadt Dortmund hat mit, daß die Verhandlungen über Lohnaufschwierigkeiten dahin ausgefallen sind, daß die Gehälter und Löhne Ende Dezember eine Abgabe gemacht werden können.

## Strefemann — vertwese man

Die Parole der nationalsozialistischen Attentäter — Putzfrauenzentrale bei Siemens — Offiziere beteiligt

Der Plan eines Strefemann-Attentats hat selbst in ganz unpolitischen Volksteilen das Interesse für die „völkische Jemee“ und deren deutschnationale und völkische Hintermänner wachgerufen. Der präsumtive Haupttäter des Attentats, Raltdorf, ist ein auf dem Gumpshofen der völkischen „Jugendbewegung“ groß gewordener politischer Kämpfer und Hochstapler übelster Sorte. Als Sohn eines Landgerichtsrats in Traunstein in Oberbayern hat sich Raltdorf im Jahre 1919 zur Münchner Räterepublik geklagen und behauptet jetzt, unter dem Einfluß der Ruhrbesetzung Anhänger der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei geworden zu sein. Raltdorf, ein verbummelter mehrfach vorbestrafter ehemaliger Student, hatte sich auf die „Empfehlung“ eines völkischen Majors Smetlak Eingang in die Siemens-Werke verschafft und dort seine Kollegen sowie seine Hauswirtin in treuherziger Weise betrogen und bestohlen. Der andre Sättling Lorenz ist das richtige Seitenstück zu Raltdorf. Er ist 35 Jahre alt, Bureaugehilfe und entstammt ebenfalls einer angesehenen Beamtenfamilie. Gestiftet scheint er nicht ganz auf der Höhe zu sein. Als sein politisches Glaubensbekenntnis nennt er die Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei.

In den Berliner Siemens-Werken sind die beiden in Aussicht genommenen Attentäter in Verbindung mit einem Maschinenlehrling getreten, den sie über ihren Nordplan informierten und um seine Mitarbeit erjudeten. Ihre Absicht war, den Nord eben so wie den Reichsnord „aufzuziehen“. Ein Auto sollte beschafft, der Reichsaussenminister bei der Ausfahrt aus dem Auswärtigen Amt erwartet und mit einer Revolverpistole beschossen werden. Der Maschinenlehrling sollte das Auto lenken und mit rasender Schnelligkeit zum Startplatz des Flugzeuges, das die Würder aufnehmen sollte, verschwinden. Um die dafür nötigen Gelder zu beschaffen, wandte sich Raltdorf an den ihm von früher her bekannten ebenfalls nationalsozialistischen Rechtsanwalt Göte, dem er folgenden Brief geschrieben hat:

„Lieber, alter...! Ich lese nach. Ich habe mich durchgesehen. Es war ein kleines Kunststück, hier anzukommen. Zwei Ingenieure haben meinen Eintritt gemerkt. Natürlich Parteifache! Und nun: Ich habe den Reim gemacht: „Strefemann, vertwese man.“ Du weißt! Ich habe zwei Offiziere, die mitmachen, und auch die „Finanzierung“ ist „all right“.

Es wäre mir sehr lieb, wenn du ein paar Zeilen schreiben würdest: Wenn du mir auch noch als Referendar dienst, so ist das eine sehr wichtige Unterstützung meiner Berliner und Westdeutschen Referenzen... „Vertwese man.“ Das Schwein muß gefüllt werden. Ein Flugzeug ist auch zur Verfügung. Aus diesen Anbittungen weißt du, um was es geht! Die Industrie ist auch gegen den Verräterhund, s. D. Raltdorf im Lokalanzeiger. Die Kat geht auf mein Konto, die zwei Offiziere tun mit. Geil und Sie! Mit treudeutschem Gruß dein Karl Raltdorf. (Alles hier ist Marineoffizier, Offizier bis zum Obersten.)

Es ist merkwürdig, daß die Häden der Kontrerevolutionäre hauptsächlich in den Siemens-Werken zusammenkommen. Zwei Ingenieure haben meinen Eintritt gemerkt! heißt es in dem Handschreiben des in Aussicht genommenen Strefemann-Würders und „Alles ist hier Marineoffizier!“ Mit Recht schreibt die völkische Zeitung, daß sich die Siemens-Betriebe so unter der Hand zu einer Putzfrauenzentrale entwickelt hätten und die Behörden und Herr von Siemens selbst auf daran täten, in dieses Nest hineinzuliegen.

Wichtigere als die Abenteuer des verbummelten Raltdorf sind die politischen Hintergründe der Tat. Selbstverständlich ist sich die Linkspresse über die Häden, die von der bayerischen Heimat Raltdorfs zum Siemens-Werk und nach Westdeutschen laufen, vollkommen im klaren und fordert einen energischen Zugriff des Oberreichsanwalts, um die wahren Schuldigen, die politischen Einbläser und die journalistischen Gespinnster dieses neuesten Attentats zu fassen. Nachdem das Opfer des jüngsten im Vorbereitungsstadium entdeckten politischen Nordes nicht mehr wie Rathenau der Demokratischen Partei, und nicht wie Erzberger dem Zentrum angehört, gerät sogar das offiziöse Organ der Volkspartei, die Tägliche Rundschau, in Erregung und zitiert auch leinverleumdete die Nordhese des bekannten Leipziger „Jugendzeigers“ Dr. Budor, der, wie wir gestern mitteilten, in seinem Blättchen dazu aufforderte, Strefemann vom Wintertisch herunterzuzucken, ihn durch das Brandenburgische Tor zu schleifen, ihn zu vierteilen und ihm das Säckelchen Rathenaus zu geben. Rehnische Neugierungen sind nach der Täglichen Rundschau in letzter Zeit wiederholt gefallen, so von den nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner und Dr. Buttman im Bayerischen Landtag, von dem Obersten von Rothenburg in der Preussischen Landesregierung und in der parteiamtlichen Umgebung des